

## Die Krise als Chance

Das russische Lebensmittelembargo und die Problematik der massiven EU-Exportorientierung

von Maria Heubuch

*Immer mehr Krisen auf den internationalen Agrarmärkten lassen die Abhängigkeit der einzelnen Staaten vom weltweiten Agrarhandel offenkundig werden. Die Europäische Union befeuert diese Entwicklung, indem sie sich für eine weitere Liberalisierung des Agrarhandels auch mit Entwicklungsländern einsetzt – mit fatalen Auswirkungen auf die dortigen Märkte. Ausgehend von der aktuellen Handelskrise mit Russland zeigt der folgende Beitrag die Konsequenzen dieser Politik auf und fordert einen Paradigmenwechsel: Die europäische Handels- und Agrarpolitik sollte in Zukunft so ausgerichtet werden, dass die Landwirtschaft in Europa und weltweit auch in Krisenzeiten den grundlegenden Zielen der Ernährungssicherheit und Ernährungssouveränität – und damit auch dem Frieden – dienen kann.*

Der Trend zur Deregulierung und Liberalisierung des internationalen Agrarhandels hält unvermindert an und führt zu immer unberechenbareren Marktgeschehen. Die Ernährungskrise 2007/2008 läutete eine Epoche von zunehmend volatilen Märkten und Preisanstiegen ein. In der Krise wirkten zusätzliche verschärfende Faktoren wie die Spekulation mit Agrarrohstoffen. Die Zahl der hungernden Menschen stieg in dieser Zeit über die Milliardengrenze.

Angesichts der Ukraine-Krise 2014 und des russischen Embargos auf europäische Agrarprodukte sieht sich die EU-Kommission genötigt, Notfallmaßnahmen zur Preisstabilisierung zu ergreifen. Es gibt allerdings noch keine Zeichen dafür, dass sie von ihrem Kurs der immer stärkeren Exportorientierung der europäischen Landwirtschaft abweichen möchte. Um eine Kohärenz mit entwicklungspolitischen Zielen wie der Bekämpfung des Hungers zu erreichen, wäre es nötig, die Krise als Chance zu begreifen und grundsätzlich über die Krisenfestigkeit der europäischen und weltweiten Landwirtschaft nachzudenken.

### Das Embargo und seine fatale Folgen

Die russische Regierung verhängt am 7. August 2014 als Reaktion auf die europäischen Wirtschaftssanktionen wegen des Ukraine-Konflikts ein Einfuhrverbot für Milch und Käse, Obst und Gemüse sowie Fleisch-

produkte aus der EU. Ein harter Schlag für die europäische Landwirtschaft, denn Russland stellt mit zehn Prozent nach den USA den zweitgrößten Exportmarkt für europäische Agrarprodukte dar. Besonders Russlands Nachbar Litauen wird vom Embargo stark getroffen. 2013 hat Litauen landwirtschaftliche Produkte im Wert von 1,3 Milliarden Euro nach Russland verkauft – beinahe so viel wie Deutschland, obwohl das Land nur drei Millionen Einwohner zählt. Aber auch Betriebe aus Polen, Finnland, Estland, Deutschland, den Niederlanden und anderen EU-Mitgliedstaaten leiden unter den Folgen.

Russland verfolgt seit etwa 15 Jahren eine Strategie zur Förderung der großflächigen, industriellen Landwirtschaft – nicht nur um die nationale Ernährungssicherheit zu gewährleisten, sondern auch um in den internationalen Beziehungen Exporte als potenzielle politische Waffe einsetzen zu können.<sup>1</sup> Die europäischen Wirtschaftssanktionen bieten für Russland einen willkommenen Anlass, Handelsbarrieren zu errichten und so die heimischen Großbetriebe weiter zu stärken.

In Europa geraten indes die Märkte für die betroffenen Erzeugnisse durch die nicht nach Russland abfließenden Mengen unter Druck. Dieselben Akteure, die sich zuvor für eine starke Weltmarktorientierung ausgesprochen haben, rufen nun lautstark nach staatlicher Entlastung. Die Krise bringt hohe gesellschaftliche Kosten mit sich: Mehr als 300 Millionen Euro zur Re-

duktion von Angebotsmengen durch Vernichtung (z. B. Grünernte) und Einlagerung werden von der EU-Kommission kurzfristig zur Verfügung gestellt. Das russische Importverbot bietet somit einen Anlass, die als Notfallinstrument vorgesehenen Subventionen für die Lagerhaltung von Milchpulver und Butter wieder einzuführen.

Die Suche nach alternativen Absatzmärkten bringt weitere unangenehme Begleiterscheinungen mit sich. So reiste der damalige EU-Handelskommissar De Gucht Anfang September 2014 in die USA, um eine Öffnung des US-amerikanischen Marktes für die in Russland nicht absetzbare Obst- und Gemüseproduktion zu erwirken. Sein US-amerikanischer Kollege zeigte sich gesprächsbereit, erwartete aber als Gegenleistung eine zügige Importzulassung für acht gentechnisch veränderte Pflanzen.<sup>2</sup> Auf verschlungenen Pfaden bringen somit Exportorientierung und begleitende Exportkrisen die EU auch in diesem sensiblen Bereich in eine schlechtere Verhandlungsposition.

### **Handel als politisches Instrument**

In der Eskalation der Ukraine-Krise werden Handelsbeschränkungen zum politischen Instrument, zum Druckmittel auf beiden Seiten. Internationale Beziehungen und Handel bringen zwangsläufig gegenseitige Abhängigkeiten mit sich. Unter idealtypischen Bedingungen (ohne Krisen wie Dürren, Seuchen, Kriege etc.) sind diese Abhängigkeiten nicht negativ, sondern vielmehr Ausdruck der Ausrichtung auf den komparativen Kostenvorteil der jeweiligen Partner. Diese vom Ökonomen David Ricardo begründete Theorie hat einen wahren Kern, ist aber aufgrund einer Reihe an Einwänden in der Praxis nicht haltbar. Trotzdem prägt sie nach wie vor in hohem Maße den politischen Kurs.

So wird die europäische Ausrichtung auf Agrarexportmärkte gerne ausgeschmückt mit der Behauptung, Europa sei aufgrund seiner guten Produktionsbedingungen ethisch dazu verpflichtet, durch Exporte zur Bekämpfung des Hungers weltweit beizutragen. Fakt ist jedoch, dass die EU trotz zunehmender Exporte nach wie vor beinahe denselben Wert an landwirtschaftlichen Gütern importiert. Dabei macht der Import von Futtermitteln wie Soja mit mehr als 60 Prozent den Löwenanteil aus. Europa exportiert in erster Linie tierische Produkte, was ohne diese »virtuelle Landnahme« nicht möglich wäre. Allein die europäischen Sojaimporte entsprechen einer Anbaufläche von 17,5 Millionen Hektar, der Großteil davon in Südamerika gelegen, also in Ländern, die für eine extrem ungleiche Verteilung von Land und die Marginalisierung von landlosen bäuerlichen Gemeinschaften bekannt sind. Die Behauptung, dies geschähe allein im Interesse der Hungerbekämpfung, ist zynisch. Vielmehr muss

der Diskurs, wonach eine kapitalintensive, exportorientierte, durch Monokulturen geprägte Landwirtschaft die produktivste und daher vernünftigste Form sei, die Welt zu ernähren, spätestens seit den Erkenntnissen des Weltagrarberichts 2008 als hoffnungslos veraltet angesehen werden.

Die letzte Reform der europäischen Agrarpolitik hat das Modell der Überschussproduktion für den Export nur wenig modifiziert. Allerdings wurde es durch das Engagement des ehemaligen Agrarkommissars Ciolos möglich, die Direktzahlungen stärker an ökologischen und sozialen Zielen auszurichten und damit entwicklungsverträglicher zu gestalten, etwa durch die Staffe lung und Umschichtung von 30 Prozent der Zahlungen auf die ersten Hektar eines jeden Betriebes. Eine Koalition aus Europaabgeordneten verschiedener Fraktionen, die die Kohärenz zwischen Entwicklungs politik und Agrarpolitik und das Ende von Dumping einforderte, scheiterte jedoch am Widerstand der Agrarlobby.

Und trotz der starken Bewegung für eine bessere Agrarpolitik in Deutschland wurden auch hier die Möglichkeiten nur unzureichend genutzt. Weiterhin lautet das Credo: mehr Exporte ohne direkte Exportsubventionen. Es werden also weiterhin über die Zweite Säule, die vorgeblich der ländlichen Entwicklung dienen soll, unter anderem Neubauten von Agrarfabriken und somit Fleischüberschüsse subventioniert. »Notfälle« wie das russische Embargo sind dabei vorprogrammiert. Dumping ist Teil des Systems. Auch der neue EU-Agrarkommissar Phil Hogan bekräftigt im Oktober 2014 in seiner Anhörung vor dem Europaparlament, die Markt- und Exportorientierung der Landwirtschaft weiter stärken zu wollen.

### **Aggressive Handelspolitik**

Die Ausrichtung auf Agrarexporte geht einher mit einer aggressiven europäischen Handelspolitik. Für die Agrarüberschüsse braucht es Absatzmärkte. Deshalb ist die Handelspolitik einseitig auf Marktöffnung und Marktzugang in Drittländern ausgerichtet. Die Strategie der EU-Kommission zu »Handel, Wachstum und Weltgeschehen«<sup>3</sup> enthält eine lange Liste an Forderungen gegenüber den Handelspartnern, einschließlich Entwicklungsländern, die auf die Förderung europäischer Wirtschaftsunternehmen abzielen. Das Problem dabei ist, dass eine einseitig an ökonomischen Interessen ausgerichtete Handelspolitik Gefahr läuft, entwicklungspolitische Ziele wie die Umsetzung des Rechts auf Nahrung zu unterlaufen.

In der Praxis ergeben sich drei Konfliktfelder, in denen die EU-Handelspolitik und ihre Konditionalitäten das Recht auf Nahrung in Entwicklungsländern gefährden.<sup>4</sup> Dazu zählen die forcierte Marktöffnung für

europäische Agrarprodukte, die Forderung nach einer strikten Umsetzung von geistigen Eigentumsrechten auf Saatgut sowie die Forderung nach einer Deregulierung für Investitionen europäischer Supermarktketten. Zusätzlich haben seit der letzten Reform der Zollvereinbarungen eine Reihe an Entwicklungsländern durch die Anwendung strengerer wirtschaftlicher Kriterien keinen erleichterten Marktzugang mehr erhalten. Offensichtlich sollten sie so dazu gedrängt werden, bilateralen Handelsabkommen mit einschneidenden Zollsenkungen und anderen Deregulierungsmaßnahmen zuzustimmen.

In ihrer Handelsstrategie bekennt sich die EU-Kommission offensiv zu Verhandlungen außerhalb des multilateralen Systems. Durch diese Politik verspricht sie sich offensichtlich, den Widerstand einzelner Länder zu brechen. Die bi- und plurilateralen Handelsabkommen (also Handelsabkommen zwischen zwei Ländern oder Ländergruppen) zwischen der EU und anderen Ländern dieser Welt, schießen seit einigen Jahren wie Pilze aus dem Boden. Derzeit hat die EU 51 bilaterale Handelsabkommen abgeschlossen. Darunter sind Länder wie Chile, Peru, Mexiko, Belize oder Simbabwe, also auch sehr arme Länder. Mit 84 Ländern steht die EU in Verhandlungen, unter anderem mit Indien, Kamerun, Äthiopien oder Kongo.<sup>5</sup>

Darüber hinaus engagiert sich die EU in der Ausarbeitung von bi- und plurilateralen Freihandelsab-

kommen wie TTIP, CETA und TiSA mit dem erklärten Ziel, globale Standards zu setzen. Länder, die von diesen Abkommen und den vereinbarten Standards indirekt betroffen sein werden, können die Ergebnisse mangels Anwesenheit am Verhandlungstisch nicht beeinflussen.

Das russische Embargo zeigt, dass die Folgen der Exportorientierung auch den Erzeugerinnen und Erzeugern in Europa schaden. Immerhin springt hier noch der Staat ein. Bei den größten Leidtragenden unserer zu stark auf Agrarhandel ausgerichteten Politik, der Bevölkerung in den Entwicklungsländern, ist das nicht der Fall. Die dortigen Bäuerinnen und Bauern, die von EU-Exporten negativ betroffen sind, erhalten meist keine staatliche Unterstützung. Sie können preislich nicht mit den subventionierten Importwaren konkurrieren und konzentrieren sich dadurch in vielen Fällen auf die Subsistenzproduktion, obwohl das Land in den meisten Fällen ein größeres Potenzial zur Versorgung der einheimischen Bevölkerung hätte. Für die Regierungen in den Entwicklungsländern stellt diese Importabhängigkeit angesichts des starken Drucks seitens der Industrieländer oft den Weg des geringsten Widerstands dar, um ihre urbane Bevölkerung ernähren zu können.

Diese Politik kann jedoch schnell zur Sackgasse werden, denn erhöhte Importabhängigkeiten machen anfälliger für Preiskrisen auf dem Weltmarkt, die zur

### Mehr Milch für den Export

Teil der europäischen Exportstrategie ist auch das Auslaufen der Milchquote 2015 und der Zuckerquote 2017. Der europäische Rechnungshof warnte 2009 vor einer Überproduktion als Folge der Liberalisierung des Milchmarktes.<sup>6</sup> Doch diese absehbare Überproduktion ist als Schocktherapie für die europäischen Milchviehbetriebe geplant, um sie an Weltmarktverhältnisse anzupassen. Als potenzielle Absatzmärkte werden Schwellen- und Entwicklungsländer, allen voran Indien und China, ins Visier genommen. Noch vor Kurzem durfte sich auch Russland zu den Ausgewählten zählen.

Allerdings werden die angeblich rosigen Aussichten auf Milchexporte nach China und Indien bei genauerer Betrachtung schnell schwinden.<sup>7</sup> Indien hat durch ein staatliches Entwicklungsprogramm eine weitgehende Selbstversorgung mit Milch erreicht, und gleichzeitig Einkommensmöglichkeiten für arme Bevölkerungsgruppen wie landlose Viehhalterinnen und Viehhalter geschaffen. Durch die Öffnung des Marktes für den Handel mit der EU würde dieses erfolgreiche Modell unter starken Druck geraten. Die chinesische Nachfrage wiederum stieg weniger stark als erwartet, auch weil die Produktion im Land selbst schnell wächst.

Diese und andere Faktoren führten dazu, dass die Weltmarktpreise für Milch innerhalb der letzten Monate um 40 Prozent fielen (Stand November 2014). Es ist zu befürchten, dass die sich auftürmenden Lagerbestände in jenen Entwicklungsländern die Märkte überschwemmen werden, die sich am wenigsten dagegen wehren können.

Auch die kanadischen Milcherzeuger, die über ein Marktregulierungssystem verfügen, das kostendeckende Preise ermöglicht, werden unter Druck gesetzt. Durch das geplante Freihandelsabkommen CETA<sup>8</sup> wird das hochpreisige und auf nationale Versorgung ausgerichtete kanadische Marktsystem gegen das weltmarktorientierte europäische System ausgespielt. Das zeigt einmal mehr, dass CETA, genau wie TTIP, keine Auseinandersetzung zwischen europäischen und kanadischen oder US-amerikanischen Standards ist, sondern zwischen der bäuerlichen Bewegung und der Agrar- und Lebensmittelindustrie. Für die europäischen Milcherzeuger kann die mit CETA geplante Erhöhung der Rindfleischimporte aus Kanada (um mehr als 45.000 Tonnen) zusätzliche Marktprobleme bringen durch mögliche niedrigere Einnahmen aus dem Schlachtkuh- und Kälberverkauf.

Unterversorgung der Bevölkerung mit Nahrungsmitteln führen. Gerade in einer Situation, in der viele Entwicklungsländer von Nettoexporteuren zu Nettoimporteuren von Agrargütern geworden sind, gibt dies Anlass zu Sorge. Laut dem World Food Programme der Vereinten Nationen leiden 2013 immer noch 842 Millionen Menschen auf der Welt unter Hunger.<sup>9</sup> 98 Prozent davon leben in Entwicklungsländern.

Von der Weltmarktorientierung in der europäischen Agrar- und Handelspolitik profitieren Agrarkonzerne wie die exportorientierten Fleisch- und Molkeunternehmen oder Futtermittelhändler. Bäuerliche Betriebe in Europa oder in armen Ländern dieser Welt sind die Verlierer. Sie werden aus der Produktion gedrängt, mit zum Teil katastrophalen Folgen vor allem in Entwicklungsländern.

### **Eine zukunftsfähige Vision entwickeln ...**

Die Welt ist momentan von vielen Krisen geschüttelt. Noch nie hat die EU so viel Geld für Katastrophenhilfe ausgeben müssen wie im Jahr 2014. Die Flüchtlingsströme schwellen an. Es müssen daher Bedingungen für die Menschen in ihren Ländern geschaffen werden, die sowohl den Hunger beseitigen als auch zu mehr wirtschaftlicher und politischer Stabilität und Sicherheit beitragen. Dafür ist eine kleinteilige und bäuerliche Landwirtschaft, die vielen Menschen Arbeit und Einkommen bietet, das stärkste Fundament.

Die sich aktuell zeigende Exportkrise sollte daher zum Anlass genommen werden, um die Ausrichtung auf Exportmärkte grundsätzlich zu überdenken und eine zukunftsfähige Vision für die europäische Agrar- und Handelspolitik zu entwickeln. Eine Vision, die sich am Recht auf Nahrung, an Nachhaltigkeit und Klimaschutz orientiert – und nicht zuletzt an der sozialen Verantwortung für die Menschen, die auf den Höfen in Europa und weltweit arbeiten. Orientierung bietet das Konzept der Ernährungssouveränität, welches Mitte der 1990er-Jahre von kleinbäuerlichen Gruppen weltweit entwickelt wurde – nicht zuletzt als Alternative zur Liberalisierung und Deregulierung des Agrarhandels durch die WTO.

Es geht nicht um eine Kritik am Agrarhandel per se, sondern um eine Kritik an den bestehenden agrar- und handelspolitischen Strukturen. Handel ist ein wichtiges Sicherheitsnetz im Fall von lokalen Ernteausschlägen. Millionen von Kleinbäuerinnen und Kleinbauern erzielen ihr Einkommen durch die Produktion für den Export. Handel kann und muss daher Teil eines neuen globalen Lebensmittelsystems werden, das am Recht auf Nahrung und den Bedürfnissen der Bevölkerungen ausgerichtet ist. Bestehende Initiativen für fairen Handel können dabei Vorbildcharakter haben.

### **... und die EU-Politik reformieren**

In der Praxis bedeutet dies, in der EU-Agrarpolitik marktpolitische Instrumente zu schaffen bzw. weiterzuentwickeln, damit eine Überschussproduktion künftig vermieden werden kann. Die alten Instrumente der Überschussverwaltung durch Intervention und Exportsubventionen sind abzuschaffen. Ziel muss eine markt- und bedarfsorientierte sowie auf eigene Ressourcen ausgerichtete Erzeugung sein. Das Recht auf Nahrung und das »Do No Harm«-Prinzip (dt. »keine Schäden anrichten«) müssen zu zentralen Kriterien für die Ausgestaltung der europäischen Politik werden. Dafür sollte eine Monitoringstelle, die die Auswirkungen von Exporten und Importen beobachtet, sowie ein Beschwerdemechanismus für Entwicklungsländer und Erzeugerinnen und Erzeuger etabliert werden. Neue Handelsabkommen mit Entwicklungsländern dürfen weder die Privatisierung von Saatgut durch geistige Eigentumsrechte vorantreiben noch dürfen sie der Markterschließung durch europäische Supermarkketten dienen.

Deutschland muss außerdem die Möglichkeiten der EU-Gesetzgebung nutzen und die Agrarreform schärfer zugunsten kleiner Betriebe umsetzen. Die Staffe lung und Kappung sind ebenso notwendig wie die Umschichtung von 30 Prozent der Direktzahlungen auf die ersten 20 Hektar eines jeden Betriebes.

Ein neues multilaterales Handelssystem muss vom Primat des Freihandels Abstand nehmen und mehr Raum schaffen für Vereinbarungen, die die Märkte und Preise regulieren und die kleinbäuerliche und agrarökologische Landwirtschaft stärken.

Die EU muss sich zum Vorreiter dieser Bewegung machen und sich auch im Rahmen des laufenden internationalen Prozesses zur Festlegung einer Post-

### **Folgerungen & Forderungen**

- Die EU-Handels- und Agrarpolitik muss auf die Stärkung bäuerlicher Agrarstrukturen und entwicklungspolitische Kohärenz ausgerichtet werden.
- Die Vision einer am lokalen Bedarf ausgerichteten Landwirtschaft muss an die Stelle der Weltmarktorientierung treten.
- Vorausschauende Marktpolitik kann helfen, künftige Überschussproduktionen zu vermeiden.
- Die nationalen Möglichkeiten für eine umweltverträglichere und sozial gerechtere Agrarpolitik sind ausschöpfen.
- Kleinbäuerliche Strukturen sind als Schlüssel zur Lösung des Hungerproblems in der Post-2015-Agenda zu verankern.

2015-Entwicklungsagenda in diesem Sinne einsetzen. Im September 2015 wird ein UN-Gipfel zur Verabschiedung der neuen Entwicklungsagenda der Vereinten Nationen stattfinden, welche voraussichtlich die bisher in Kraft gewesenen Millenniums-Entwicklungsziele ablösen wird. In diesem Prozess, der die weltweite Entwicklungsagenda für die kommenden Jahre maßgeblich beeinflussen wird, gilt es, die Schlüsselfunktion der kleinbäuerlichen Landwirtschaft für die Welt-ernährung hervorzuheben.

Es ist insbesondere erforderlich, die Fehler der alten Millenniums-Entwicklungsziele zu analysieren und in den neuen Prozess der Post-2015-Agenda einfließen zu lassen. In der Umsetzung wird es notwendig sein, auch die EU-Handels- und Agrarpolitik auf den Prüfstand zu stellen. Nur dann können landwirtschaftliche Systeme erhalten und weiterentwickelt werden, die keine negativen Außenwirkungen in Drittländern entfalten und bäuerlich wirtschaftende Betriebe weltweit unterstützen. Und nur dann besteht auch eine realistische Chance, das Ziel der Beseitigung des Hungers in der Welt zu erreichen.

#### Das Thema im Kritischen Agrarbericht

- ▶ Francisco J. Marí: »Ab nach Afrika!« – Hühnerbeine und Schweinepfoten überfluten die westafrikanischen Märkte. In: Der kritische Agrarbericht 2014, S. 96–100.
- ▶ Berit Thomsen: Exportschlager Hunger. Eine Bewertung der Vorschläge für eine EU-Agrarreform aus entwicklungspolitischer Sicht. In: Der kritische Agrarbericht 2013, S. 76–79.
- ▶ Martin Häusling: Europa macht die Welt nicht satt. Das Recht auf Nahrung und die europäische Agrarpolitik am Scheideweg. In: Der kritische Agrarbericht 2012, S. 33–36.
- ▶ Armin Paasch: Exportschlager Hunger. Die europäische Agrarpolitik und ihre Opfer. In: Der kritische Agrarbericht 2011, S. 82–86.

#### Anmerkungen

- 1 M. Spoor et al.: Food security in a sovereign state and »Quiet Food Sovereignty« of an insecure population: The case of Post-Soviet Russia. Yale 2013 ([www.yale.edu/agrarianstudies/foodsovereignty/pprs/28\\_Spoor\\_2013.pdf](http://www.yale.edu/agrarianstudies/foodsovereignty/pprs/28_Spoor_2013.pdf)).
- 2 EU-Kommission: Minutes of the 2098th meeting of the Commission held in Strasbourg on Tuesday 16 September 2014 (<http://ec.europa.eu/transparency/regdoc/rep/10061/2014/EN/10061-2014-2098-EN-F1-1.Pdf>).
- 3 EU-Kommission: Trade, growth and world affairs: Trade policy as a core component of the EU's 2020 strategy. Brussels 2010 ([http://trade.ec.europa.eu/doclib/docs/2010/november/tradoc\\_146955.pdf](http://trade.ec.europa.eu/doclib/docs/2010/november/tradoc_146955.pdf)).
- 4 Siehe dazu A. Paasch: Menschenrechte in der EU-Handelspolitik – zwischen Anspruch und Wirklichkeit. Diskussionspapier des Ecofair Trade Dialogs. 2011.
- 5 EU-Kommission: Overview of FTA and other trade negotiations. Brussels 2014 ([http://trade.ec.europa.eu/doclib/docs/2006/december/tradoc\\_118238.pdf](http://trade.ec.europa.eu/doclib/docs/2006/december/tradoc_118238.pdf)).
- 6 Europäischer Rechnungshof: Haben die Marktsteuerungsinstrumente für den Markt für Milch und Milcherzeugnisse ihre wichtigsten Ziele erreicht? Sonderbericht 14. Luxembourg 2009 ([www.eca.europa.eu/lists/ecadocuments/sr09\\_14/sr09\\_14\\_de.pdf](http://www.eca.europa.eu/lists/ecadocuments/sr09_14/sr09_14_de.pdf)).
- 7 T. Reichert: Das Ende der EU-Milchquote. Kommen nun Exportsubventionen wieder? In: Weitblick 2 (2014) (<http://german-watch.org/de/9251>).
- 8 Consolidated CETA Text. Brussels, 26. September 2014 (<http://trade.ec.europa.eu/doclib/html/152806.htm>).
- 9 World Food Programme: Hunger weltweit (2014) (<http://de.wfp.org/welternaehrung>).



#### Maria Heubuch

Mitglied des Europäischen Parlaments (Fraktion Die Grünen/EFA) und Milchbäuerin im Allgäu

European Parliament  
Rue Wiertz 60 - ASP 4 F 366, B-1047 Brüssel  
E-Mail: [maria.heubuch@europarl.europa.eu](mailto:maria.heubuch@europarl.europa.eu)